



Presseinformation

Weiden i. d. OPf., 18.09.2017

Verantwortlich: Rosenmüller, Behördenleiter

Hochwasserschutz Amberg Start des europaweiten Vergabeverfahrens für die Objektplanung (VgV- Verfahren)

Die Stadt Amberg ist bei einem hundertjährigen Hochwasser der Vils extrem von Überschwemmungen betroffen. Um die Stadtbereiche vor den Auswirkungen eines solchen Ereignisses zu schützen, haben das Wasserwirtschaftsamt Weiden und die Stadt Amberg vereinbart, die Planung eines Hochwasserschutzes in Auftrag zu geben.

Das Wasserwirtschaftsamt Weiden ließ die Ausschreibung von Planungsleistungen für den Hochwasserschutz Amberg öffentlich bekannt machen und hat damit ein europaweites VgV-Verfahren eingeleitet. Qualifizierte Ingenieurbüros können sich nun für die Leistungen der Objektplanung der Ingenieurbauwerke bewerben.

Das Verfahren ist in zwei Phasen unterteilt: In der ersten Stufe werden aus den interessierten und geeigneten Ingenieurbüros mittels Losverfahren 3 ausgewählt. Im zweiten Abschnitt des Verfahrens wird diesen Ingenieurbüros die Gelegenheit gegeben, ihre Leistungserbringung im Rahmen eines Angebotes und eines Präsentationstermins vor einer fachkundigen Jury zu erläutern. Die Jury besteht aus Mitarbeitern des Wasserwirtschaftsamtes Weiden und Vertretern der Stadt Amberg. Abschließend wird das Ingenieurbüro, welches erwartungsgemäß die beste Leistung erbringen wird, mit der Planung beauftragt.

Ab Februar 2018 beginnt die Vorplanung, welche im Sommer 2019 mit einem Vorentwurf abgeschlossen werden soll. Anschließend wird über die Weiterführung des Vorhabens mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung entschieden.

Das Planfeststellungsverfahren könnte nach Ausplanung der dann festgelegten Vorzugsvariante im Frühjahr 2023 eingeleitet werden



Die Kosten für die Erstellung der Planung bis zum Planfeststellungsverfahren belaufen sich auf ca. 500.000,00 €. Die Beteiligung der Stadt Amberg beträgt 35 % der Planungskosten.

Während der gesamten Planung wird eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Amberg und den Bürgern angestrebt.